

## **Das Verhältnis USA/Finanzplatz Schweiz nach dem 11. September**

*von Jacques Rossier, Teilhaber Darier Hentsch & Cie*

*Präsident Fondation Genève Place financière*

Berne, 17. Januar 2002, Pressegespräch

Die Tragödie vom 11. September hat den Finanzplatz New York hart getroffen. Die scharfe Reaktion der USA Regierung war aus unserer Sicht zu erwarten und ist absolut legitim. Die schweizer Banken boten sofort ihre volle Kooperation auf Grund der bestehenden Gesetzgebung an. Anfänglich gab es eine Reihe von Fehlinterpretationen im Ausland über die Tragweite des schweizerischen Bankkündengeheimnisses, zum Beispiel, das Radiointerview der BBC mit Gordon Brown. Die Amerikaner selbst haben aber viel zur Richtigstellung beigetragen und waren schon im September voller Lob für die Schweiz. Insbesondere hat sich der USA Botschafter in Bern mehrmals positiv zur Kooperation der Schweiz geäußert und erklärt : "Die Vereinigten Staaten sind mit den Anstrengungen der Schweiz ausserordentlich zufrieden. Die Schweizer befinden sich an der Vordersten Front des Kampfes gegen die finanzielle Seite des internationalen Terrorismus". Auch Finanzminister O'Neill hat sich anfangs Januar konstruktiv über die Rolle der Schweiz geäußert.

Auch der ehemalige Chef der CIA, sowie zwei Unterstaatssekretäre haben sich lobend über die Kooperation der Schweiz in der Ermittlung gegen den Terrorismus geäußert. Alt Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat hat sich vor dem Kongress ebenfalls sehr positiv geäußert : "Die Schweizer haben sehr strenge Regeln. Sie fügen sich diesen Regeln. Sie teilen Informationen mit. Wir können somit nicht auf die Schweiz mit dem Finger zeigen. Die Schweiz könnte fast auf uns mit dem Finger zeigen. "

Es bestehen aus der Sicht der schweizer Banken heute im wesentlichen zwei Probleme. Das erste hat mit den Listen zu tun, die den schweizer Banken zugestellt wurden, mit den Namen von vermeintlichen Terroristen. Botschafter Reynolds erklärte kürzlich, dass ungefähr 60 Konti mit insgesamt 20 Millionen Dollar eingefroren wurden. Tatsache ist, dass das schweizerische System zur sofortigen Einfrierung von suspekten Konti bestens funktioniert hat. Es bestehen aber Probleme von Namensverwechslungen, insbesondere bei arabischen Namen, die sehr häufig auftreten und bei denen Zweifel herrschen kann, ob nun die eine oder die andere Person wirklich gemeint ist. Es werden auch in diesen Listen Organisationen aufgeführt, die sehr wahrscheinlich überhaupt nichts mit dem Kontext des 11. September zu tun haben. Die Europäische Union hat bereits Vorbehalte gegenüber den USA in dieser Angelegenheit angebracht.

Das zweite Problem für die schweizer Banken ist im sogenannten "Patriot Act" zu sehen. Dieses umfangreiche Gesetzeswerk wurde sehr rasch innerhalb von sechs Wochen vom Kongress erlassen und bezweckt, die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Es enthält "know your customer rules" die aber strikte nur auf Ausländer ausgerichtet sind, was natürlich diskriminierend ist. Und dieses Gesetz hat eine Anzahl von Bestimmungen, die extraterritoriale Wirkungen erzeugen. Die Notwendigkeit ein Zustelldomizil für Gerichtstakten in den USA zu erstellen ist für die ausländischen Banken ein echtes Problem. Die USA beanspruchen tatsächlich volle Gerichtsbarkeit über ausländische Banken, welche in den USA Korrespondenzkonti führen.

Die Konsequenzen dieses neuen Gesetzeswerkes sind noch nicht vollständig absehbar. Es ist sicher einmal festzustellen, dass das Gesetz nicht primär gegen die Schweiz gerichtet ist, sondern gegen dubiose Finanzzentren, die über sehr unvollständige Gesetze in bezug auf Geldwäscherei verfügen.

Aber es ist doch bedenklich, dass man in der Bekämpfung des Terrorismus in finanziellen Angelegenheiten nicht den bewährten Weg der internationalen Rechtshilfe sucht, sondern eine Machtpolitik betreibt, die mit Blockierungs- und Boykotts-Drohungen verbunden ist. Längerfristig kann eine solche Politik dem Finanzplatz USA nicht zuträglich sein.

Etwas konkreter muss man aus Bankensicht feststellen, dass die USA in Finanzangelegenheiten extrem bürokratisch werden, was Investoren und Vermögensverwalter linde gesagt mehr und mehr verunsichert. Es sei da zum Beispiel, auf die Regelung des "Qualified Intermediary", aber auch auf diese neue Regelung des obligatorischen Zustelldomizils in den USA hingewiesen. Beides sind mit hohen Kosten für die Banken verbunden und bergen zudem hohe Risiken, dann nämlich wenn unvermeidliche Fehler gemacht werden. Die Sanktionen sind prohibitiv.

Somit wird der USA Finanzmarkt weniger attraktiv. Er stellt natürlich immer noch über 50 Prozent der Weltbörsenkapitalisierung dar und ist heute fast nicht zu umgehen. Wird aber das auch morgen der Fall sein ? Liegt da nicht, zum Beispiel, eine Chance für die Europäische Union ? Ist die Europäische Union überhaupt fähig solche Chancen zu ergreifen ? Es ist aber sicher eine Chance für den Finanzplatz Schweiz, der sich weiterhin bemühen sollte seinen hohen Marktanteil weiter zu steigern und optimale Rahmenbedingungen zu erhalten. Es ist eine Chance den schweizerischen Finanzplatz weiterhin zu expandieren, was für das ganze Land grosse wirtschaftliche Vorteile erbringt.

Zusammengefasst, kann man vielleicht sagen, dass nach dem 11. September und nach den an sich legitimen Handlungen der USA doch eine gewisse Gefahr besteht, dass das notwendige Gleichgewicht zwischen Freiheitsideal und Sicherheitsbedürfnis nun gestört ist. Hoffentlich handelt es sich um eine temporäre Störung. Aber man kann doch etwas besorgt sein, wenn man von Ausnahmegerichten für Ausländer hört, und der Marsch nach Bagdad an höchster Stelle erwogen wird. Schon Clausewitz wusste, dass man den Anfang eines Krieges wohl kennt aber nie das Ende !

Vielleicht ist hier das berühmte Zitat von Staatsgründer Benjamin Franklin am Platz : "Wer bereit ist seine Freiheit zugunsten seiner Sicherheit zu opfern, verdient weder das eine noch das andere".

Es wäre zu wünschen, dass die USA das richtige Mass bewahren : Es ist einerseits absolut legitim die Terroristen, die die Katastrophe des World Trade Center verursacht haben zu verfolgen und wenn möglich vor Gericht zu bringen. Andererseits, ist es wohl nur ein gefährliches Wunschbild davon zu sprechen, "alle Terroristen", wo wie sie sich auch befinden, zu vernichten.

Man sollte dabei nicht vergessen, dass die Terroristen der einen die Freiheitskämpfer der anderen sind, und man denke dabei an Kaschmir aber auch an Palästina. Die Britten haben dabei mehr Erfahrung als die Amerikaner während ihres langen Rückzuges aus ihrem weltumfassenden Imperium gewonnen. Sie haben viele Terroristen bekämpft (nicht zuletzt die Irgun in Palästina), die dann aber bald zu mehr oder weniger befreundeten Regierungen wurden : Und da sprach man dann plötzlich nicht mehr von Terrorismus !

Hoffen wir nun, dass die Folgen des 11. September zwar kurzfristig notwendige Einschränkungen bringen, insbesondere auch am Finanzmarkt, und dem bringen wir sehr viel Verständnis entgegen. Aber hoffen wir auch, dass dies im wesentlichen temporäre Massnahmen sind, die nicht allzu einschränkend wirken in bezug auf die Finanzmärkte und die die weltpolitische Lage nicht unnötig lange destabilisieren.